

rechts" in ihrer Aufklärungsarbeit nicht ermüden, nötig aber auch, daß künftige Republikaner Deutschlands durch eine unermüdete Propaganda des Geistes und der Tat diese Bünde weit mehr als bisher unterstützen. Und gegebenenfalls auch durch die Parlamente die Regierungen veranlassen, daß sie der Deutschen Studentenschaft den Charakter der Zwangsorganisation nehmen und die Einhebung der Zwangsbeiträge einstellen, wenn die daraus fließenden erheblichen Einnahmen weiter gegen die republikanischen Regierungen verwendet werden. Der Staat hat keinen Grund, durch seine Behörden und Nachmittels Vereinigungen zu erhalten, die gegen ihn arbeiten.

Bedenkt man weiter, welchen Rückhalt die rechtsstehenden Verbindungsstudenten in ihrem Kampf gegen Republik und freihändlerische Auffassungen innerhalb der Akademiker durch die Altherrenschaften der Korporationen haben, dann ist es geradezu unbegreiflich, daß immer erst ein Vesting-Scandal oder so etwas Ähnliches dazu gehört, um die Linksparteien auf den Kampfplatz zu bringen.

Selbstverständlich müssen die Parteien, insbesondere die proletarischen, auf Massenwirkungen eingestimmt sein. Trotzdem sollen sie nie vergessen, daß es Stellen besonderer Wichtigkeit gibt, wo das Geis der großen Zahl nicht der einzige beachtenswerte Faktor ist. Solche Stellen sind aber besonders die Bildungshälften der Jugend und insbesondere auch die Hochschulen. Denn ob der Welt unter künftigen Beamten, Ingenieuren und Gelehrten links oder rechts, republikanisch oder antirepublikanisch, militaristisch oder friedlich eingestellt ist, das ist nicht nur für unser innerpolitisches Leben entscheidend, sondern auch für das Geschick und die Verwickeltheit, mit der Deutschland keine internationalen Beziehungen wieder aufnehmen und ausbilden wird. Wir werden darum noch in einigen weiteren Auflagen auf das Problem der Hochschulen eingehen.

Jungzentrum

Der Kampf um den Volksentscheid hat in allen bürgerlichen Parteien, Parteigruppen und Richtungen, schwere Wunden aufgedrückt. Am härtesten ist davon das Zentrum betroffen worden, da die katholischen Arbeiter in Scharen der Parteiparole die Gefolgschaft verweigert haben und für die entschuldigungslose Entziehung der Ämter stimmten. Im Berliner Zentrum gab es die bestgehenden Zusammenkünfte über das Verhalten eines Führers des Bundesarbeits-Rates, die sich in Abgestimmten und Äußerungen für den Volksentscheid ausgesprochen hatten. In einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der Berliner Zentrumsführung wurde am 12. Juni der Ausschluß dieser Jungzentrumsführer ausgesprochen. Jetzt hat, wie man aus einer Zeitschrift aus Zentrumskreisen an das Berliner Tageblatt erfährt, eine Delegiertenversammlung der Berliner Bundesarbeits-Räte diesen vorentscheidlichen Beschluß des erweiterten Vorstandes zwar nicht formal, aber inhaltlich aufgehoben. Die Delegiertenversammlung vertrat die Ansicht, daß die Haltung der angeschlagenen Bundesarbeits-Räte, und ein Protest gegen die Aufhebung der Ämter oder eine offene Revolte gegen die Partei, sondern eine Kundgebung katholischer Menschen sei, die zum Ausdruck bringen wollten, daß ein Ja zum Volksentscheid aus ganz anderen Beweggründen als denen der Sozialisten und Kommunisten auch für Katholiken eine wenn auch bittere Notwendigkeit bedeute. Damit hat die Delegiertenversammlung der Bundesarbeits-Räte sich deutlich gegen die Wege gewandt, die gegen die angeschlagenen Führer für den Volksentscheid die Massen der Zentrumsbürger erregt haben und auch heute noch befruchtet. Gerade aus dieser Einsicht erklärt sich auch die Schärfe der Vorwürfe, mit der die Zentrum- und demokratische Presse sich gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wegen ihrer ablehnenden Haltung für das künftige Kompromiß gewandt haben. Die offiziellen Fortsetzungen weisen, daß die Ablehnung dieser Frage einen Preispost in den Reihen ihrer Anhänger zurückgelassen hat, der nicht eher beizulegen werden kann, als nicht für die Abfindung der Ämter eine Lösung in Abereinigung mit der Sozialdemokratie gefunden worden ist.

Sensationsprozeß gegen Raloff

Am Dienstag hat in Budapest der große Raloff-Prozeß gegen den ehemaligen ungarischen Volkskommissar (während der Räteregierung) Matthias Raloff und Genossen begonnen. Unter den Angeklagten befinden sich auch Stefan Bagai und Wlada Weissbaum. Dieser hatte im Januar 1925 im Auftrage der oppositionellen Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiter an einer von der Internationale in Wien einberufenen Konferenz teilgenommen, die den ungarischen Parteiführer zu schlichten versuchte. Der Prozeß wird auch über die politische Stellung dieser Männer wie über die Bedeutung der abgeklärten Parteigruppe, die sich "Ungarische sozialistische Arbeiterpartei" nennt, handeln können. Nicht weniger als 54 Angeklagte füllen den Saal. Auf den Tribünen befinden sich eine Reihe ausländischer Zuhörer, darunter auch der deutsche Reichsstaatsanwalter Dr. Kurt Rosenfeld. Die beiden ersten Sitzungen sind nach der Feststellung der Verbrechen, die sich über Stunden hingezogen, fast ganz mit der Vernehmung Raloffs ausgefüllt. Raloff spielt sich als Nationalsozialist auf und behauptet seine Vernehmung in einer Stundenlangen Verhinderung der ungarischen Sozialdemokratie, die Unruhen und ihre Wüsten veranlassen habe. Die Repliken, unter Budapest Parteiführer, beschäftigen sich in einem "Bericht" gegen die Sozialdemokratie" überliefernden Artikel mit dem Prozeß. Sie tritt mit großer Entschiedenheit dafür ein, daß den Kommunisten die legale Tätigkeit gestillt werde, und nimmt scharf gegen die Regierung Stellung, die Verbrechen von Angeklagten und Verleumdern von Ideen, die in der ganzen Welt für ihre Anschauungen werden können, als Vorwürfe anfaßt. Gleichzeitig betont sie, daß es der Regierung offenbar gar nicht so unangenehm sei, wenn der härteste Gegner, die Sozialdemokratie, im Gerichtssaal verhandelt und in den Hof gezogen werde. Sie fordert die Einstellung des ungarischen Prozesses und erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei trotz allem nicht, aus eigener Kraft und vor den Arbeitern selbst den Kampf gegen die kommunistische Brunnengiftung zu führen.

Die Schmach der Rechtslosigkeit

A. Budapest, 16. Juli. (Eig. Draht.) Im Budapest kommunistischen Prozeß, der die Verhandlungen bewohnt, am dritten Tage die Teilnahme, mit den Führern der beiden Gruppen von Angeklagten, dem Kommunisten Raloff und dem Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Stefan Bagai unter vier Augen zu sprechen. Nach dieser Unterredung erklärte Dr. Rosenfeld gegenüber Reichsvertretern: Juristisch betrachtet sei die Frage die, daß in Ungarn die Kommunisten völlig rechtslos seien und jeder bereit eine strafbare Handlung begehe, der sich überhaupt als Kommunist ausbe. Das ganze Ausland werde mit Spannung das Urteil erwarten, das das ungarische Gericht in dieser Hinsicht fälle. In fast allen europäischen Ländern, vom italienischen Parlament bis zum englischen Unterhaus, hätten die Kommunisten eine parlamentarische Vertretung. Auch Ungarn käme nicht darum herum, die kommunistische Partei unter das Recht zu stellen und ihr die Möglichkeit zu geben, sich legal, öffentlich zu betätigen. Die größte interessante Frage, die das Gericht zu entscheiden habe, betreffe die angeschlagenen

Mitglieder der abgeklärten sogenannten Sozialistischen Arbeiterpartei. Diese seien zwar aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschieden, aber keine Kommunisten. Wenn sich sie rechtslos? Es sei also zu entscheiden, ob es eine strafbare Handlung ist, in Ungarn eine radikalere sozialistische Auffassung zu vertreten als die der alten Sozialdemokratischen Partei.

Der deutsche Geldumlauf



Nur dieses Diagramm gibt eine Übersicht über den Geldumlauf (Korn, Scheine und Münzen) Deutschlands. Die beiden unteren Kurven zeigen die Vermehrung der Geldmenge durch den Reichsbank durch den Staat und durch die Wirtschaft.

Sozialfürsorge in Köln

Köln, 16. Juli. (Eig. Draht.) Die Kölner Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer Donnerstagssitzung eine größere Vorlage, durch die die Kölner Kasernen zu sehr vorteilhaften Bedingungen von der Stadt teils angekauft, teils gemietet werden. Die Stadtverwaltung hat die Absicht, die Räume in der Hauptstraße für Aufgaben der Wohlfahrtspflege bereitzustellen. So soll in dem einen großen Kasernenblock ein Stiegen- und Sozialrentnerheim geschaffen werden, das über 300 Personen Unterkunft bieten wird. Die ehemalige Deutzer Kurajektorie soll an einem großen Zentralmuseum für Vorgeschichte, Naturwissenschaften und Sozialhygiene ausgebaut werden. Außerdem soll hier das große Rheinische Museum untergebracht werden, das als Fortsetzung der Kölner Jahntausendausstellung gedacht ist.

In der gleichen Sitzung genehmigte die Kölner Stadtverordneten den Bau einer vierten festen Rheinbrücke, die den Stadteil Mülheim mit dem linken Rheinufer verbinden wird. Der Wettbewerb für den Brückenbau wird in aller nächster Zeit zur Ausschreibung gelangen.

Wichtige politische Nachrichten

Republikanisches Ehrenmal

Aus Dortmund wird gemeldet: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold errichtet auf dem Pöhlenstein im Schöneberg-Bezirk des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, den den großen Republikanern Oberst, Rathenau und Engelbert ein Ehrenmal. Die Einweihung findet am 8. August statt.

Neuer englischer Botschafter in Berlin

8. London, 16. Juli. (Eig. Draht.) Der englische Botschafter in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay ist zum Botschafter in Berlin ernannt worden. Sir George Russell Clerk, zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden. Damit ist die seit langem geplante Erhebung des bisherigen verdientvollen Berliner Botschafters Lord D'Abernon durch eine jüngere Kraft Tatsache geworden. Lord D'Abernon hat in schwierigsten Zeiten gedient. Seine Name wird immer wieder genannt werden müssen bei Wählung der Locarno-Verträge und der Anknüpfung der internationalen Beziehungen Deutschlands in der Nachkriegszeit.

Einberufung einer kommunistischen Frau

8. München, 16. Juli. (Eig. Draht.) Die Frau der kommunistischen Landtagsabgeordneten Schläffer in München, die sich der Verhütung einer zweijährigen Gefängnisstrafe wegen "Hochverrats" durch die Flucht ins Ausland entzogen hat, hat sich wegen Weisung zur Gefängnisbefreiung an dem Strafgericht zu verantworten. Die Anklage beschuldigte Frau Schläffer, den vor Jahresfrist unterkommunisten Flüchtlingen ihres Mannes und zweier weiterer Kommunisten aus dem Untersuchungsgefängnis ohne Gefährdung zu haben. Der Staatsanwalt klagte sie dabei auf einen angeblichen Brief des damals inhaftierten Schläffer an seine Frau, ebenso auf die Ausgabe eines Gefängnispasses. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis, wobei Haftentlassung abgelehnt wurde, nachdem die Beklagte sich in der vorigen Woche einen Auslandspass zu beschaffen verweigert hatte.

Welfriedenstongress der Friedensfreunde

Der vom 28. August bis 3. September in Genf tagende Welfriedenstongress der Internationalen Vereinigung der Friedensgesellschaften wird im nächsten Monat, der Zusammenkunft des Völkerverbands, der Souveränität der Staaten, der wirtschaftlichen Organisation des Friedens und dem Programm zukünftiger internationaler Konferenzen beschäftigen. Es ist mit harter Beteiligung von Politikern und anderen führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Staaten zu rechnen, zumal die Tagung der nächsten Völkervereinigung unmittelbar vorausgeht. Auch für die deutschen Friedensfreunde dürfte sie von besonderem Interesse sein.

Der Kampf um den Frank

Von unserm französischen Mitarbeiter

P. Paris, 14. Juli.

Der Kampf um die endgültige Stabilisierung des Frank ist jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Zwar ist der Kammer eine neue Frist dadurch gewährt worden, daß die Debatte über die von Caillois eingubringenden Projekte erst in der nächsten Woche im Plenum stattfinden soll.

Ein Grund für die Verzögerung sind die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts. Caillois wollte keinen Gesetzentwurf einen ausgeprägten diktatorischen Charakter verleihen. Er dachte an die Verabschiedung auf einen einzigen Artikel, der die Stabilisierung des Frank als Ziel festsetzt und im übrigen der Regierung für die ihr nötig erscheinenden Maßnahmen Vollmacht erteilen sollte. Die große Kammerdebatte der letzten Wochen hat aber gezeigt, daß eine überwältigende Mehrheit beschlossen war, eine solche Plankvollmacht zu verweigern. Diese Stimmung in der Kammer entspricht nicht nur der Juridik vor dem eventuellen Gebrauch der von Murrinischen inneren Widerständen gepöbelte Caillois von ihm machen konnte, sondern auch grundsätzlichen parlamentarischen Erwägungen. Dafür zeugt der demonstrative Beifall, den der Führer der sozialistischen Fraktion, Leon Blum, im ganzen Saal fand, als er in einer Rede voll hinreichendem Pathos, die an die besten Reden von Raubers erinnerte, der Regierung in der Kammer zurief: "Niemand werden wir Sozialisten uns dafür hergeben, der Regierung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, die das Parlament ausschalten würden. Das heißt keineswegs, daß wir von gewissen parlamentarischen Prozeduren gerade begeistert wären. Wenn es sich nur um verwaltungstechnische Anpassungsmassnahmen untergeordneter Natur handeln würde, wenn es sich nur darum handelte, die Kammer von einigen wuchernden Organen zu befreien, o, dann wäre ich der letzte, der sich dagegen wenden würde. Wenn es sich darum handelte, unsere Finanzgebarung von dem Gestrüpp zu befreien, in dem sich niemand mehr zurechtfindet, ja, wenn es sich selbst darum handelte, der Regierung die Vollmacht zu geben, ohne jedesmal die Kammer vorher darüber befragen zu müssen, gewisse Steuern den jeweiligen Kursschwankungen oder richtiger dem Index anzupassen, so würde ich das ebenfalls nicht verweigern. Aber von solchen Vorschlägen bis zur Erbauung des Parlaments ist ein weiter Weg — und nichts anderes verlangt man, wenn man die Abgeordneten auffordert, der Regierung das Recht zu übertragen, die Steuerfrage selbstständig festzulegen oder Verpflichtungen gegenüber dem Ausland einzugehen. Damit verlangt man von ihnen etwas, was zu gewahren sie nicht das Recht haben. Man verlangt von ihnen damit nicht nur eine ausdrückliche Verletzung der Verfassung, sondern eine Verletzung der nationalen Souveränität, deren Vertreter sie sind und die sie nicht, als Herr und Meister, von sich auf andre übertragen können."

Nicht nur auf der Linken und im Zentrum, sondern bis tief in die Reihen der Rechten hinein fand diese unabweislich demokratisch-parlamentarische Rede einen Beifall, der den Finanzminister Caillois veranlaßte, sich in seiner zweiten Rede in Bezug auf die von der Regierung verlangten außerordentlichen Vollmachten viel vorsichtiger auszusprechen, als er es in seiner ersten Rede getan hatte.

Nach seiner Rückkehr aus London hat Caillois, wohl im berechtigten Gefühl, daß der glückliche Abschluß des neuen Schuldenvertrages mit England, der den in der letzten Woche in der Kammer von den Gegnern des Washingtoner Schuldenabkommens formulierten Forderungen weitgehend gerecht wird, seine persönliche Stellung gestärkt hat, durchsichtigen lassen, daß er nun doch ziemlich weitgehende Vollmachten zu verlangen gedenke. Der Finanzminister bezog sich dabei auf die Vorgänge in Belgien

und auf die Stellungnahme des dortigen Ministeriums der "heiligen Einigkeit" zugunsten der zeitweiligen Suspendierung gewisser parlamentarischer Grundrechte.

Ministerpräsident Briand ist jedoch einstweilen noch der Ansicht, daß man die vom Parlament zu fordernde "Delegation" auf ein Minimum beschränken müsse, um nicht den sicheren Sturz entgegenzugehen. Mehrere Minister hoben sich in demselben Sinne ausgesprochen. Um diese "Innere Einigkeit" im Kabinett vor dem Zusammentritt der Finanzkommission der Kammer herzustellen, mußte deren ursprünglich auf Dienstag anberaumte Sitzung auf Freitag verschoben werden. Dadurch wurde sofort der Eindruck eines neuen Zögerns der Regierung hervorgerufen. So sehr man auch auf allen Seiten über den Abbruch des englisch-französischen Schuldenabkommens betriebligt ist, so sehr ist man doch aus dem bürgerlichen Lager darüber im Klaren, daß dieses Abkommen nur dann günstige Folgen haben kann, wenn es sich in einen Gesamtfinanzplan einfügt.

Wohl man sich — zum ersten Male ernsthaft — in den verschiedenen Bevölkerungskreisen die Schicksalsfrage vorlegt, ob der französische Frank etwa den Weg der alten deutschen Papiermark gehen soll, weil die Radikalen aus Belgien über angebliche Pläne der dortigen Regierung, den belgischen Papiermark lassen zu lassen und eine neue Goldwährung zu schaffen, in den finanziellen und politischen Kreisen ein lautes paroxysmales Aufsehen erregen, glaubt Caillois, daß die Stimmung für Vollmachten, wie er sie haben möchte, günstiger geworden ist. Die Sozialisten aber, die den Gesamtplan des Kabinetts Briand-Caillois als für die Zukunft des Frank und damit Frankreichs gefährlich bekämpfen, werden auch solche Vollmachten nach wie vor bekämpfen.

Caillois fordert halbjährige Diktatur

P. Paris, 16. Juli. (Eig. Draht.) Heute früh ist endlich der Entwurf des Finanz- und Ermächtigungsgesetzes Caillois' den Mitgliedern der Finanzkommission zugegangen. Der Entwurf enthält nur zwei Artikel. In dem einen erhält die Regierung Vollmachten, während sechs Monaten bis zum 1. Januar 1927 sämtliche Finanzen in einem ihr genehmen Sinne auf dem Wege von Verordnungen zu regeln. Im zweiten Artikel wird die Regierung verpflichtet, spätestens sechs Monate nach Veröffentlichung der einzelnen Verordnungen diese dem Parlament zur Bestätigung vorzulegen. In Anbetracht, daß dem Gesetzentwurf beigegeben sind, wird der heute nachmittags wird Caillois seine Finanz- und Vollmachtenentwürfe im Ausschuss vertreten. Angesichts des zunehmenden Franksturzes soll alles so beschleunigt werden, daß der Gesetzentwurf bereits nächste Woche verabschiedet wird. Da sich die Kammer zu diesem schnellen Verfahren hergeben wird, steht damit die Mehrheit des Parlaments (soweit allerdings in diesem Augenblick wenig Zeit zu haben, eine neue Ministerliste vorzubereiten) außerdem hat der Abschluß des Londoner Schuldenabkommens einen günstigen Eindruck gemacht, und die parlamentarische Stellung Caillois' hat zweifellos dadurch gewonnen. Außerdem will man endlich in die Ferien ...

Das Ermächtigungsgesetz in Belgien

F. Brüssel, 16. Juli. (Eig. Draht.) Die Kammer nahm am Donnerstag mit 136 gegen 9 Stimmen, darunter eine sozialdemokratische, und bei 4 Enthaltungen (3 Sozialdemokraten, 1 christlicher Demokrat) das Ermächtigungsgesetz an. Arbeitsminister Bouteux brachte einen Beschlusseinstellung zur Erhöhung der Altersrenten der Bergarbeiter ein. In verschiedenen Industrien letzten die Arbeiter eine Lohn-erhöhung durch, um den Inflationsverlust zum Teil wettzumachen. In der Metallindustrie beträgt die Erhöhung 5 Prozent, ebenso beim Bergbau, bei der Antwerpener Diamantindustrie 10 Prozent. In Antwerpen haben auch die Metallarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihre Forderungen im wesentlichen bewilligt worden waren.